

Protokoll 101. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 3. Juli 2024, 17.00 Uhr bis 20.12 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Guy Krayenbühl (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Florine Angele (GLP), Snezana Blickenstorfer (GLP), Angelica Eichenberger (SP),
Martin Götzl (SVP), Christina Horisberger (SP), Selina Walgis (Grüne), Karin Weyermann
(Die Mitte)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2024/22 | Eintritt von Roland Hurschler (Grüne) nach Rücktritt von
Monika Bättschmann (Grüne) für den Rest der Amtsdauer
2022–2026 | |
| 3. | 2022/152 | GPK, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Monika
Bättschmann (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 | |
| 4. | 2024/261 * | Weisung vom 05.06.2024:
Umwelt- und Gesundheitsschutz, Statusbericht zur
Umsetzung der Fachplanung Hitzeminderung 2020–2023 | VGU
VTE |
| 5. | 2024/290 * | Weisung vom 19.06.2024:
Sozialdepartement und Departement der Industriellen
Betriebe, Volksinitiative «VBZ-Abo für 365 Franken»:
Antrag auf Gültigkeit, Ablehnung und Gegenvorschlag,
Abschreibung Postulat GR Nr. 2021/274 | VS
VIB |
| 6. | 2024/291 * | Weisung vom 19.06.2024:
Immobilien Stadt Zürich, Militärstrasse 105, Miete, neue
wiederkehrende Ausgaben | VSI
VHB |
| 7. | 2024/292 * | Weisung vom 19.06.2024:
Finanzdepartement, Kongresshaus-Stiftung Zürich, Kenntnis-
nahme Geschäftsbericht 2023 durch den Gemeinderat | FV |

8.	2024/307	*	Weisung vom 26.06.2024: Elektrizitätswerk, Realisierung Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Zusatzkredit	VIB
9.	2024/159	* E	Postulat von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 10.04.2024: Vorrangiger Anspruch der städtischen Bevölkerung auf preisgünstigen Wohnraum in stadteigenen Liegenschaften	FV
10.	2024/295	* E	Postulat der SP-, Grüne-, AL- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 19.06.2024: Städtisches Reinigungspersonal, Anstellung gemäss den Wunschpensen und Vermeidung von Kleinstpensen unter 30 %	FV
11.	2024/296	* E	Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.06.2024: Ausführung aller Unterhalts- und Grundreinigungen der städtischen Dienstabteilungen und Liegenschaften mit eigenem Personal, Bericht über die Umsetzung	VHB
12.	2024/297	* E	Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Severin Meier (SP) vom 19.06.2024: Zürich als «Sicherer Hafen» für Flüchtende, Umsetzung von Massnahmen	VS
13.	2024/298	* E	Postulat von Severin Meier (SP) und Reis Luzhnica (SP) vom 19.06.2024: Verhinderung von Racial Profiling durch die Stadtpolizei, Bericht zu weiteren Massnahmen	VSI
14.	2024/299	* E	Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 19.06.2024: Schlachthofareal, Nutzung der Hallen als grosse Markthalle	FV
15.	2024/301	* E	Postulat von David Ondraschek (Die Mitte) und Benedikt Gerth (Die Mitte) vom 19.06.2024: Veloabstellplatz in der Unterführung am Bahnhof Oerlikon, Installation von Videokameras zur Verhinderung und Aufklärung von Diebstählen	VTE
16.	2024/239		Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2024: Offenlegung der Arbeitgeber, Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR)	
17.	2024/306		Weisung vom 26.06.2024: Präsidialdepartement, Eurovision Song Contest 2025, Kandidatur als Austragungsort, Rahmenkredit	STP
18.	2023/503		Weisung vom 25.10.2023: Sicherheitsdepartement, Velo in Zürich 2023, Bericht zur Veloförderung und Velosicherheit, zum «Bauprogramm Velo» für die Jahre 2023–2026 sowie zum Stand der Umsetzung der «Sicheren Velorouten für Zürich», Abschreibung von Postulaten	VTE VSI

- | | | | |
|-----|----------|---|-----|
| 19. | 2024/87 | Weisung vom 06.03.2024:
Entsorgung + Recycling Zürich, Kreislaufwirtschaft + Umwelt,
unterrichtsergänzendes Angebot für Städtzürcher Schulen,
Zusatzkredit | VTE |
| 20. | 2023/508 | Weisung vom 01.11.2023:
Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung,
Teilrevision betreffend Einführung Meldeverfahren Kund-
gebungen und Demonstrationen | VSI |
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

3418. 2024/259 Ratsmitglied Marion Schmid (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Marion Schmid (SP 1 und 2) auf den 3. Juli 2024 bekannt und würdigt die Amtstätigkeit.

3419. 2024/280 Postulat der Grüne- und SP-Fraktion vom 12.06.2024: Entsiegelung der Fläche im Eingangsbereich zum Dolder-Bad und Beschränkung der Autoparkplätze auf ein Minimum

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 10. Juli 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3420. 2024/334 Erklärung der SP-Fraktion vom 03.07.2024: Provenienzforschung zur Sammlung Bührle

Namens der SP-Fraktion verliest Maya Kägi Götz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Sammlung Bührle: Die SP-Fraktion sieht grossen Handlungsbedarf und fordert lückenlose Aufklärung

Am vergangenen Freitag wurde die von Raphael Gross durchgeführte Überprüfung der bestehenden Provenienzforschung zur Sammlung Bührle vorgestellt. Sie bestätigt weitreichende Mängel bei der Klärung der Herkunft der untersuchten Gemälde durch die Bührle-Stiftung und zeigt entsprechend grossen Handlungsbedarfes.

Seit Jahren bestehen erhebliche Zweifel an der Provenienzforschung zur Sammlung von Waffenfabrikant Emil Bührle, die im Zürcher Kunsthaus ausgestellt wird. Die SP-Fraktion hat stets eine Provenienzforschung gefordert, die den höchsten Standards entspricht, und sie begrüsst umso mehr, dass Professor Raphael Gross im Auftrag von Stadt und Kanton Zürich sowie der Zürcher Kunstgesellschaft die bestehende – durch die Bührle-Stiftung selbst vorgenommene – Provenienzforschung zur umstrittenen Sammlung nun unabhängig überprüft hat.

Die nun vorgestellte Untersuchung zeigt unmissverständlich, dass die bisherigen Angaben zur Provenienz irritierend vieler Werke mangelhaft sind und weitere, umfangreiche, eine veränderte Perspektive einnehmende Abklärungen nötig sind. Für die SP-Fraktion ist klar, dass diese nun zügig erfolgen müssen, um lückenlos aufzuklären, unter welchen Umständen die Werke in die Hände Emil Bührles gelangten.

Dies ist nur eine von mehreren Empfehlungen, die Professor Gross in seinem Bericht ausspricht. Die SP teilt die Auffassung, dass diese Empfehlungen rasch und nachhaltig umzusetzen sind, nicht zuletzt auch die Einsetzung eines fachlich und biografisch multiperspektivisch zusammengesetzten Gremiums, das das Kunsthaus bei den kommenden Schritten begleitet und berät.

Auch erwarten wir, dass sich die beteiligten Institutionen sowie Stadt und Kanton Zürich klar dazu positionieren, wie mit der Ausstellung der Sammlung Bührle im Zürcher Kunsthaus weiter zu verfahren ist. Besonders kritisch sollte in diesem Zusammenhang mit der im Bericht erwähnten Tatsache umgegangen werden, dass ein Hinauszögern von Entscheidungen aufgrund immer neuer Forschung für die betroffenen Anspruchsberechtigten mit existenziellen Fragen und Kränkungen verbunden ist. Der Handlungsbedarf ist dringlich, die Einsetzung einer Eidgenössischen Kommission abzuwarten, empfiehlt sich hier nicht.

Zu lange hat sich die frühere Leitung des Kunsthauses auf die Provenienzforschung der Bührle-Stiftung verlassen und auch mit dem ehemaligen Leihvertrag viel Vertrauen verspielt. Es liegt nun an der neuen Leitung des Kunsthauses und der Kunstgesellschaft, gemeinsam mit Stadt und Kanton, die Empfehlungen von Raphael Gross so umzusetzen, dass für die Frage nach dem Umgang mit der Sammlung Bührle im und durch das Kunsthaus eine langfristig tragfähige Lösung gefunden werden kann, wobei in Übereinstimmung mit dem heute veröffentlichten Bericht ohne Tabus auch ein Verbleib der Sammlung im Kunsthaus zur Debatte gestellt werden darf.

3421. 2024/335

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 03.07.2024: Bericht zur Sammlung Bührle

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Sammlung Bührle: Der Bericht Gross ist vernichtend

Letzten Freitag war Zürich einmal mehr der mediale Mittelpunkt einer Kulturdebatte. Die Kulturwelt musste zur Kenntnis nehmen, wie schludrig oder militant passiv Zürich bisher mit einer wichtigen kulturpolitischen Frage umgegangen ist. Die Frage lautet: wie intensiv wurde denn abgeklärt, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen die Sammlung Bührle, potentiell mit höchstem Reputationsrisiko behaftet, in einer öffentlichen Kulturinstitution gezeigt werden darf. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht deshalb davon, dass es das Kunsthaus geschafft habe, zum Gespött des internationalen Kunstbetriebs zu werden. Die Zeit kommt zum Schluss, dass das Kunsthaus durch die Sammlung Bührle «beschmutzt» scheint.

Wir alle wissen, die Stadt Zürich hat in vielen Jahren kaum Willen gezeigt, die Sammlung Bührle transparent auf seine Provenienzen hin untersuchen zu lassen. Am 16. Dezember 2021 hat sich das dramatisch geändert. In einer legendären Pressekonferenz versuchten Kunsthaus und Bührle-Stiftung, den Ausstellungsobjekten der Sammlung Bührle einen Persilschein auszustellen. Der Versuch wurde als derart grotesk wahrgenommen, dass die internationalen Medien empört reagierten. So konnte sich die bis anhin sehr passive Stadtregierung den Interventionen des Gemeinderates nicht mehr länger verweigern. Es musste ein Forschungsprojekt zur Überprüfung der Provenienzen ausgelöst werden.

Nun liegt der Bericht von Raphael Gross und seinem Team vor. Das Resultat ist vernichtend. Gross stellt fest, dass nicht nur 49, sondern insgesamt 62 der Kunstwerke jüdischen Vorbesitzer:innen gehört zu haben scheinen. Wenn man die Jahre vor 1933 noch zusätzlich einbezieht, sind es sogar 133 Werke, die jüdische Vorbesitzer:innen hatten. Gross kommt deshalb zum Schluss: «Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden spiegelt sich vielleicht in keiner anderen Sammlung so deutlich wider, wie in der die Emil Bührle in den Jahren 1936 bis 1956 zusammengetragen hat.»

Die Stiftung Bührle hatte 113 Kunstwerke einer Kategorie A zugeordnet. Diese seien nach lückenlos erforscht und unproblematisch. Weitere 90 Kunstwerke wurden der Kategorie B, «deren Provenienzen keinen Hinweis auf einen Eigentumswechsel 1933 – 1945 enthalten, der als problematisch einzustufen ist», zugeordnet.

Nach der Recherche von Raphael Gross liegen nun nicht einmal bei allen Kunstwerken der Kategorie A die Nachweise vor, dass die Werke wirklich lückenlos erforscht und damit unproblematisch seien.

Die Zuweisung zur Kategorie B, wo es keine Hinweise auf einen Eigentumswechsel zwischen 1933 und 1945 geben soll, wird von Gross als nicht haltbar beurteilt, denn Nichtwissen, ist eben nicht gleichbedeutend mit unproblematisch. Gross sagt denn auch: «Gravierend ist die Erkenntnis, dass die Kategorie B der Stiftung Sammlung E. G. Bührle in Gänze zu falschen Ergebnissen führt.» Deshalb müssten alle 90 Kunstwerke, die der Kategorie B zugeordnet sind, neu untersucht werden, schlussfolgert Gross.

Wir fordern nun die Stadt Zürich, den Kanton Zürich und das Kunsthaus auf, die Empfehlungen von Raphael Gross umzusetzen. In einem ersten Schritt müsse die Forschung weiter geführt werden und dafür sei «möglichst rasch die zeitliche und finanzielle Dimension zu kalkulieren.» Es freut mich deshalb ausserordentlich, dass die Partei von Stadtpräsidentin und Kunsthaus-Vorstandsmitglied Mauch und von Regierungsrätin Fehr, die Sozialdemokratische Partei, schon unmissverständlich eine lückenlose Aufklärung einfordert.

Wenn wir schon beim Thema Erinnerungspolitik in Sachen Bührle sind. Emil Bührle verdiente sein Geld in den Kriegsjahren u.a. damit, dass er Lizenzzahlungen für die Produktion von Waffen der Icaria Maschinenbau GmbH erhielt. Die Icaria beutete dafür Frauen im Zwangsarbeitslager in Velten, einem Unterlager des KZ Ravensbrück, aus. Die Lizenzzahlungen beliefen sich auf rund 870'000 Franken, mehr als Bührle in den Kriegsjahren für den Kauf von Kunstwerken ausgab. Der Gemeinderat hat am 22. März 2022 ein Postulat überwiesen, dass eine Forschung zum Frauenzwangsarbeitslager Velten verlangt und am 15. Dezember 2023 auch einen Budgetkredit von Fr. 150'000.- zur Erfüllung dieses Postulats gesprochen. Wenn am 10. Juli die Stellungnahme von Stadt, Kanton und Kunsthaus zum Bericht erfolgt, ist das wohl der letzte Moment, um aufzuzeigen, wie die Stadt diese Forschung zum Zwangsarbeitslager Velten aufgleisen will. Wenn das nicht erfolgt, muss man sich schon fragen, wie unglaublich die Stadtzürcher Erinnerungspolitik denn noch werden soll.

Geschäfte

3422. 2024/22

Eintritt von Roland Hurschler (Grüne) nach Rücktritt von Monika Bättschmann (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 17. Januar 2024 anstelle von Monika Bättschmann (Grüne 10) mit Wirkung ab 1. Juli 2024 für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 als gewählt erklärt:

Roland Hurschler (Grüne 10), 1971, Geschäftsleiter

3423. 2022/152

GPK, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Monika Bättschmann (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

Es wird gewählt:

Roland Hurschler (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

- 3424. 2024/261**
Weisung vom 05.06.2024:
Umwelt- und Gesundheitsschutz, Statusbericht zur Umsetzung der Fachplanung Hitzeminderung 2020–2023

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 1. Juli 2024

- 3425. 2024/290**
Weisung vom 19.06.2024:
Sozialdepartement und Departement der Industriellen Betriebe, Volksinitiative «VBZ-Abo für 365 Franken»: Antrag auf Gültigkeit, Ablehnung und Gegenvorschlag, Abschreibung Postulat GR Nr. 2021/274

Die Zuweisung an die SK SD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Sitzung der Geschäftsleitung vom 1. Juli 2024 umstritten.

Severin Meier (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die SK SID/V.

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 52 gegen 60 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ab. Damit ist das Geschäft der SK SID/V überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

- 3426. 2024/291**
Weisung vom 19.06.2024:
Immobilien Stadt Zürich, Militärstrasse 105, Miete, neue wiederkehrende Ausgaben

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 1. Juli 2024

- 3427. 2024/292**
Weisung vom 19.06.2024:
Finanzdepartement, Kongresshaus-Stiftung Zürich, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2023 durch den Gemeinderat

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 1. Juli 2024

- 3428. 2024/307**
Weisung vom 26.06.2024:
Elektrizitätswerk, Realisierung Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Zusatzkredit

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 1. Juli 2024

3429. 2024/159
Postulat von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP)
vom 10.04.2024:
Vorrangiger Anspruch der städtischen Bevölkerung auf preisgünstigen
Wohnraum in stadteigenen Liegenschaften

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Patrik Maillard (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3430. 2024/295
Postulat der SP-, Grüne-, AL- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 19.06.2024:
Städtisches Reinigungspersonal, Anstellung gemäss den Wunschen und
Vermeidung von Kleinstpensen unter 30 %

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3431. 2024/296
Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.06.2024:
Ausführung aller Unterhalts- und Grundreinigungen der städtischen Dienstabtei-
lungen und Liegenschaften mit eigenem Personal, Bericht über die Umsetzung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3432. 2024/297
Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Severin Meier (SP) vom 19.06.2024:
Zürich als «Sicherer Hafen» für Flüchtende, Umsetzung von Massnahmen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3433. 2024/298

**Postulat von Severin Meier (SP) und Reis Luzhnica (SP) vom 19.06.2024:
Verhinderung von Racial Profiling durch die Stadtpolizei, Bericht zu weiteren
Massnahmen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3434. 2024/299

**Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 19.06.2024:
Schlachthofareal, Nutzung der Hallen als grosse Markthalle**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michael Schmid (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3435. 2024/301

**Postulat von David Ondraschek (Die Mitte) und Benedikt Gerth (Die Mitte) vom
19.06.2024:
Veloabstellplatz in der Unterführung am Bahnhof Oerlikon, Installation von
Videokameras zur Verhinderung und Aufklärung von Diebstählen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sven Sobernheim (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3436. 2024/239**Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2024:
Offenlegung der Arbeitgeber, Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats
(GeschO GR)**

Michael Schmid (FDP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 3258/2024).

Dr. Davy Graf (SP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 38 gegen 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Mitteilung an den Stadtrat

3437. 2024/306**Weisung vom 26.06.2024:
Präsidialdepartement, Eurovision Song Contest 2025, Kandidatur als
Austragungsort, Rahmenkredit**

Der Stadtrat beantragt unter sofortiger materieller Behandlung:

1. Für die Kandidatur, Planung und Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 wird ein Rahmenkredit von Fr. 20 000 000.– bewilligt.
2. Der Rahmenkredit steht unter dem Vorbehalt, dass der Zuschlag von SRG und EBU für die Austragung des ESC 2025 an die Stadt Zürich geht.
3. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.

Unter Ausschluss des Referendums und bezüglich Ziffer 4. mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

4. Im Budget 2024 wird die Position auf Konto (1561) 3130 00 000, Dienstleistungen Dritter, von Fr. 2 280 000.– um Fr. 3 000 000.– auf neu Fr. 5 280 000.– erhöht.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Polizeidienstleistungen gemäss § 58 Abs. 1 Polizeigesetz nicht verrechnet und auch nicht ausgewiesen werden.

Michael Schmid (AL) beantragt namens der AL-Fraktion die Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die SK PRD/SSD.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung mit 86 gegen 27 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Sebastian Zopfi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Sophie Blaser (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Polizeidienstleistungen gemäss § 58 ~~Abs. 1~~ Polizeigesetz ausgewiesen, aber nicht verrechnet und auch nicht ausgewiesen werden.

Der Rat stimmt dem Antrag von Sophie Blaser (AL) mit 77 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 82 gegen 29 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 82 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 5

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 77 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Kandidatur, Planung und Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 wird ein Rahmenkredit von Fr. 20 000 000.– bewilligt.
2. Der Rahmenkredit steht unter dem Vorbehalt, dass der Zuschlag von SRG und EBU für die Austragung des ESC 2025 an die Stadt Zürich geht.
3. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.

Unter Ausschluss des Referendums:

4. Im Budget 2024 wird die Position auf Konto (1561) 3130 00 000, Dienstleistungen Dritter, von Fr. 2 280 000.– um Fr. 3 000 000.– auf neu Fr. 5 280 000.– erhöht.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Polizeidienstleistungen gemäss § 58 Polizeigesetz ausgewiesen, aber nicht verrechnet werden.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 10. Juli 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. September 2024)

3438. 2023/503**Weisung vom 25.10.2023:****Sicherheitsdepartement, Velo in Zürich 2023, Bericht zur Veloförderung und Velosicherheit, zum «Bauprogramm Velo» für die Jahre 2023–2026 sowie zum Stand der Umsetzung der «Sicheren Velorouten für Zürich», Abschreibung von Postulaten**

Antrag des Stadtrats

1. Vom «Velobericht 2023» vom 28. September 2023 wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat GR Nr. 2003/99 von Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 19. März 2003 betreffend Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat GR Nr. 2003/370 von Roger Bartholdi (SVP) und Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 1. Oktober 2003 betreffend Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs wird als erledigt abgeschrieben.
4. Das Postulat GR Nr. 2006/415 von Roger Bartholdi (SVP) und Rolf Stucker (SVP) vom 27. September 2006 betreffend Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen wird als erledigt abgeschrieben.
5. Das Postulat GR Nr. 2007/106 von Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 7. März 2007 betreffend Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs wird als erledigt abgeschrieben.
6. Das Postulat GR Nr. 2015/14 von Corinne Schäfli (AL) vom 14. Januar 2015 betreffend Schneeräumung auf Velowegen wird als erledigt abgeschrieben.
7. Das Postulat GR Nr. 2015/160 von Roger-Paul Speck (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 27. Mai 2015 betreffend Realisierung der regional klassierten Veloroute zwischen dem Schwamendingerplatz und der Kreuzung Roswiesenstrasse / Dübendorfstrasse wird als erledigt abgeschrieben.
8. Das Postulat GR Nr. 2017/228 von Sven Sobernheim (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 5. Juli 2017 betreffend Pilotprojekt zur Einführung der «Idaho-Regelung» auf Velorouten wird als erledigt abgeschrieben.
9. Das Postulat GR Nr. 2018/17 der SP vom 17. Januar 2018 betreffend Verzicht auf neue Mischverkehrsflächen für den Velo- und Fussverkehr sowie Abbau von bestehenden Mischverkehrsflächen auf Trottoirs wird als erledigt abgeschrieben.
10. Das Postulat GR Nr. 2018/111 von Eduard Guggenheim (AL) und Mischa Schiwow (AL) vom 14. März 2018 betreffend Angebot von Kursen für Velofahrerinnen und Velofahrer ohne Kostenfolge für die Stadt wird als erledigt abgeschrieben.
11. Das Postulat GR Nr. 2019/7 von Markus Knauss (Grüne) und Res Marti (Grüne) vom 26. Juni 2019 betreffend Anpassung der «Velostandards Stadt Zürich» betreffend Breite der Velostreifen wird als erledigt abgeschrieben.
12. Das Postulat GR Nr. 2019/217 der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2019 betreffend Ermöglichung einer freiwilligen Teilnahme von Erwachsenen an der Schüler-Veloprüfung wird als erledigt abgeschrieben.
13. Das Postulat GR Nr. 2019/257 von Sven Sobernheim (GLP) und Res Marti (Grüne) vom 12. Juni 2019 betreffend Automatische Voranmeldung auf wichtigen Velorouten wird als erledigt abgeschrieben.

14. Das Postulat GR Nr. 2019/292 von Martina Zürcher (FDP) und Raphaël Tschanz (FDP) vom 26. Juni 2019 betreffend Verbesserung der Sicherheit der Velofahrenden von der Duttweilerbrücke Richtung Herdernstrasse wird als erledigt abgeschrieben.
15. Das Postulat GR Nr. 2020/435 von SP, EVP, GLP, Grüne vom 30. September 2020 betreffend Konzept für eine gut sichtbare und intuitiv verständliche Farbgestaltung und Signalisation der Velodirektrouten gemäss Velorouten-Initiative wird als erledigt abgeschrieben.
16. Das Postulat GR Nr. 2020/482 von Simon Diggelmann (SP) und Res Marti (Grüne) vom 4. November 2020 betreffend Flächendeckende Öffnung der Quartierstrassen mit Tempo 30 in beide Richtungen für Velofahrende wird als erledigt abgeschrieben.
17. Das Postulat GR Nr. 2020/484 von Pascal Lamprecht (SP) und Natalie Eberle (AL) vom 4. November 2020 betreffend Umsetzung von verkehrsberuhigenden Massnahmen im Letzigraben und den angrenzenden Quartierstrassen sowie Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs wird als erledigt abgeschrieben.
18. Das Postulat GR Nr. 2021/189 von Natalie Eberle (AL) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 21. April 2021 betreffend Einführung von Velosäcken mit Vorzugsstart für Velofahrende an allen Strassenkreuzungen mit Lichtsignalanlagen wird als erledigt abgeschrieben.
19. Das Postulat GR Nr. 2021/441 von Urs Riklin (Grüne) und Monika Bättschmann (Grüne) vom 10. November 2021 betreffend Verlängerung der Grünphase der Lichtsignalanlagen für zu Fuss Gehende und Velofahrende am General-Guisan-Quai und Verkürzung der Wartezeiten
20. Das Postulat GR Nr. 2022/582 von Selina Frey (GLP) und Serap Kahrman (GLP) vom 16. November 2022 betreffend Verbesserung der Situation am Fischerweg betreffend zu Fuss Gehenden und Velos mit kurzfristigen Überbrückungsmassnahmen wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Markus Knauss (Grüne), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom «Velobericht 2023» vom 28. September 2023 wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Das Postulat GR Nr. 2003/370 von Roger Bartholdi (SVP) und Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 1. Oktober 2003 betreffend Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs wird als erledigt nicht abgeschrieben.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)

Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 4:

4. Das Postulat GR Nr. 2006/415 von Roger Bartholdi (SVP) und Rolf Stucker (SVP) vom 27. September 2006 betreffend Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen wird als erledigt nicht abgeschrieben.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Stephan Iten (SVP)

Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Das Postulat GR Nr. 2007/106 von Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 7. März 2007 betreffend Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs wird als erledigt nicht abgeschrieben.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Stephan Iten (SVP)

Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 9

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 9:

9. Das Postulat GR Nr. 2018/17 der SP vom 17. Januar 2018 betreffend Verzicht auf neue Mischverkehrsflächen für den Velo- und Fussverkehr sowie Abbau von bestehenden Mischverkehrsflächen auf Trottoirs wird ~~als erledigt~~ nicht ~~abgeschrieben~~.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Referat: Anna Graff (SP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)
Minderheit:	Referat: Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
Enthaltung:	Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 15

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 15:

15. Das Postulat GR Nr. 2020/435 von SP, EVP, GLP, Grüne vom 30. September 2020 betreffend Konzept für eine gut sichtbare und intuitiv verständliche Farbgestaltung und Signalisation der Velodirektrouten gemäss Velorouten-Initiative wird ~~als erledigt~~ nicht ~~abgeschrieben~~.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Referat: Carla Reinhard (GLP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)
Minderheit:	Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 16

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 16:

16. Das Postulat GR Nr. 2020/482 von Simon Diggelmann (SP) und Res Marti (Grüne) vom 4. November 2020 betreffend Flächendeckende Öffnung der Quartierstrassen mit Tempo 30 in beide Richtungen für Velofahrende wird ~~als erledigt~~ nicht ~~abgeschrieben~~.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Referat: Anna Graff (SP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP)

Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 19

Die SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 19:

19. Das Postulat GR Nr. 2021/441 von Urs Riklin (Grüne) und Monika Bättschmann (Grüne) vom 10. November 2021 betreffend Verlängerung der Grünphase der Lichtsignalanlagen für zu Fuss Gehende und Velofahrende am General-Guisan-Quai und Verkürzung der Wartezeiten wird als erledigt abgeschrieben.

Zustimmung: Referat: Dr. Roland Hohmann (Grüne); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V stillschweigend zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 20

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 20:

20. Das Postulat GR Nr. 2022/582 von Selina Frey (GLP) und Serap Kahrman (GLP) vom 16. November 2022 betreffend Verbesserung der Situation am Fischerweg betreffend zu Fuss Gehenden und Velos mit kurzfristigen Überbrückungsmassnahmen wird als erledigt nicht abgeschrieben.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Referat: Carla Reinhard (GLP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)

Minderheit: Referat: Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)

Enthaltung: Stephan Iten (SVP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)

Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Stephan Iten (SVP)

Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)
 Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Stephan Iten (SVP)
 Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
 Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 9

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 9.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 9.

Mehrheit: Referat: Anna Graff (SP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP),
Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)
Minderheit: Referat: Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi
(EVP), Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 10

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 10.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium;
Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP),
Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier
(SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 11

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 11.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium;
Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP),
Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier
(SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 12

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 12.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium;
Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP),
Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier
(SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 13

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 13.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 14

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 14.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
 Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 15

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 15.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 15.

Mehrheit: Referat: Carla Reinhard (GLP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)
 Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 16

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 16.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 16.

Mehrheit: Referat: Anna Graff (SP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)
 Minderheit: Referat: Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP)
 Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 17

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 17.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 18

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 18.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 19

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 19.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 20

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 20.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 20.

Mehrheit: Referat: Carla Reinhard (GLP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)
Minderheit: Referat: Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom «Velobericht 2023» vom 28. September 2023 wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat GR Nr. 2003/99 von Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 19. März 2003 betreffend Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat GR Nr. 2003/370 von Roger Bartholdi (SVP) und Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 1. Oktober 2003 betreffend Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs wird als erledigt abgeschrieben.
4. Das Postulat GR Nr. 2006/415 von Roger Bartholdi (SVP) und Rolf Stucker (SVP) vom 27. September 2006 betreffend Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen wird als erledigt abgeschrieben.
5. Das Postulat GR Nr. 2007/106 von Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 7. März 2007 betreffend Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs wird als erledigt abgeschrieben.
6. Das Postulat GR Nr. 2015/14 von Corinne Schäfli (AL) vom 14. Januar 2015 betreffend Schneeräumung auf Velowegen wird als erledigt abgeschrieben.
7. Das Postulat GR Nr. 2015/160 von Roger-Paul Speck (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 27. Mai 2015 betreffend Realisierung der regional klassierten Veloroute zwischen dem Schwamendingerplatz und der Kreuzung Roswiesenstrasse / Dübendorfstrasse wird als erledigt abgeschrieben.
8. Das Postulat GR Nr. 2017/228 von Sven Sobernheim (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 5. Juli 2017 betreffend Pilotprojekt zur Einführung der «Idaho-Regelung» auf Velorouten wird als erledigt abgeschrieben.
9. Das Postulat GR Nr. 2018/17 der SP vom 17. Januar 2018 betreffend Verzicht auf neue Mischverkehrsflächen für den Velo- und Fussverkehr sowie Abbau von bestehenden Mischverkehrsflächen auf Trottoirs wird nicht abgeschrieben.
10. Das Postulat GR Nr. 2018/111 von Eduard Guggenheim (AL) und Mischa Schiowow (AL) vom 14. März 2018 betreffend Angebot von Kursen für Velofahrerinnen und Velofahrer ohne Kostenfolge für die Stadt wird als erledigt abgeschrieben.
11. Das Postulat GR Nr. 2019/7 von Markus Knauss (Grüne) und Res Marti (Grüne) vom 26. Juni 2019 betreffend Anpassung der «Velostandards Stadt Zürich» betreffend Breite der Velostreifen wird als erledigt abgeschrieben.
12. Das Postulat GR Nr. 2019/217 der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2019 betreffend Ermöglichung einer freiwilligen Teilnahme von Erwachsenen an der Schüler-Veloprüfung wird als erledigt abgeschrieben.
13. Das Postulat GR Nr. 2019/257 von Sven Sobernheim (GLP) und Res Marti (Grüne) vom 12. Juni 2019 betreffend Automatische Voranmeldung auf wichtigen Velorouten wird als erledigt abgeschrieben.
14. Das Postulat GR Nr. 2019/292 von Martina Zürcher (FDP) und Raphaël Tschanz (FDP) vom 26. Juni 2019 betreffend Verbesserung der Sicherheit der Velofahrenden von der Duttweilerbrücke Richtung Herdernstrasse wird als erledigt abgeschrieben.

15. Das Postulat GR Nr. 2020/435 von SP, EVP, GLP, Grüne vom 30. September 2020 betreffend Konzept für eine gut sichtbare und intuitiv verständliche Farbgestaltung und Signalisation der Velodirektrouten gemäss Velorouten-Initiative wird nicht abgeschrieben.
16. Das Postulat GR Nr. 2020/482 von Simon Diggelmann (SP) und Res Marti (Grüne) vom 4. November 2020 betreffend Flächendeckende Öffnung der Quartierstrassen mit Tempo 30 in beide Richtungen für Velofahrende wird nicht abgeschrieben.
17. Das Postulat GR Nr. 2020/484 von Pascal Lamprecht (SP) und Natalie Eberle (AL) vom 4. November 2020 betreffend Umsetzung von verkehrsberuhigenden Massnahmen im Letzigraben und den angrenzenden Quartierstrassen sowie Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs wird als erledigt abgeschrieben.
18. Das Postulat GR Nr. 2021/189 von Natalie Eberle (AL) und Brigitte Furer (Grüne) vom 21. April 2021 betreffend Einführung von Velosäcken mit Vorzugsstart für Velofahrende an allen Strassenkreuzungen mit Lichtsignalanlagen wird als erledigt abgeschrieben.
19. Das Postulat GR Nr. 2021/441 von Urs Riklin (Grüne) und Monika Bättschmann (Grüne) vom 10. November 2021 betreffend Verlängerung der Grünphase der Lichtsignalanlagen für zu Fuss Gehende und Velofahrende am General-Guisan-Quai und Verkürzung der Wartezeiten wird als erledigt abgeschrieben.
20. Das Postulat GR Nr. 2022/582 von Selina Frey (GLP) und Serap Kahrman (GLP) vom 16. November 2022 betreffend Verbesserung der Situation am Fischerweg betreffend zu Fuss Gehenden und Velos mit kurzfristigen Überbrückungsmassnahmen wird nicht abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 10. Juli 2024

3439. 2024/87

Weisung vom 06.03.2024:

Entsorgung + Recycling Zürich, Kreislaufwirtschaft + Umwelt, unterrichts-ergänzendes Angebot für Stadtzürcher Schulen, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Für die Durchführung des Ressourcenunterrichts wird zu den neuen wiederkehrenden Ausgaben von Fr. 200 000.– gemäss GRB Nr. 2017/365 ein Zusatzkredit von Fr. 115 000.– (Preisstand: Januar 2024, Zürcher Index der Konsumentenpreise) bewilligt. Die neuen wiederkehrenden Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 315 000.–.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Dominik Waser (Grüne), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Durchführung des Ressourcenunterrichts wird zu den neuen wiederkehrenden Ausgaben von Fr. 200 000.– gemäss GRB Nr. 2017/365 ein Zusatzkredit von Fr. 115 000.– (Preisstand: Januar 2024, Zürcher Index der Konsumentenpreise) bewilligt. Die neuen wiederkehrenden Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 315 000.–.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 10. Juli 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. September 2024)

3440. 2023/508

Weisung vom 01.11.2023:

Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung, Teilrevision betreffend Einführung Meldeverfahren Kundgebungen und Demonstrationen

Antrag des Stadtrats

1. Die Allgemeine Polizeiverordnung (APV, AS 551.110) wird gemäss Beilage (datiert vom 1. November 2023) geändert.
2. Der Stadtrat setzt die Änderung in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Die Motion GR Nr. 2020/243 von den Gemeinderatsmitgliedern Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) betreffend Ersetzung der Bewilligungspflicht für politische Kundgebungen und Demonstrationen durch ein Meldeverfahren wird als erledigt abgeschlossen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Andreas Egli (FDP)

Sistierungsantrag

Die SK SID/V beantragt Sistierung der Weisung mit folgender Begründung:

Die Behandlung der Weisung GR Nr. 2023/508 wird so lange sistiert, bis die Umsetzungsvorlage des Regierungsrats zum Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative vom Kantonsrat verabschiedet wurde und die Referendumsfrist abgelaufen ist.

Zustimmung: Referat: Andreas Egli (FDP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Enthaltung: Carla Reinhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Behandlung der Weisung GR Nr. 2023/508 wird so lange sistiert, bis die Umsetzungsvorlage des Regierungsrats zum Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative vom Kantonsrat verabschiedet wurde und die Referendumsfrist abgelaufen ist.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3441. 2024/336

**Motion von Julia Hofstetter (Grüne), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 03.07.2024:
Einführung eines Gewaltpräventionsprogramms an der Volksschule der Stadt Zürich mit Fokus auf Mobbing und sexualisierter Gewalt**

Von Julia Hofstetter (Grüne), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist am 3. Juli 2024 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit der die Stadt Zürich im Rahmen eines Gewaltpräventions-Programms dafür sorgt, dass alle Schüler*innen der Volksschule der Stadt Zürich im Verlauf ihrer Schulzeit auf der Primar- sowie der Sekundarschulstufe eigenverantwortlich an einer diskriminierungs- und gewaltfreien Schulkultur arbeiten. Ausgeübte und erlebte Gewalt im Schulalltag soll damit präventiv minimiert werden. Zum geforderten Programm soll insbesondere die Prävention von Mobbing und sexualisierter Gewalt gehören. Die Umsetzung des Gewaltpräventions-Programms soll in Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit geschehen und den Lehr- und Betreuungspersonen eine Entlastung bringen.

Begründung:

2022 wurde der Forschungsbericht «Entwicklungen von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich 1999-2021» von Ribeaud und Loher veröffentlicht. Diese Studie der Universität Zürich beruht auf einer für die Schweiz einmaligen Datenreihe zur Entwicklung der Jugendgewalt und zeigt, dass die Zunahme von sexualisierter Gewalt sowie Mobbing im schulischen Umfeld und im Internet ein ernstzunehmendes Ausmass angenommen hat. Die Hattie-Studie zeigt ausserdem auf, dass Mittlernende wichtige Einflussfaktoren für den Lernerfolg darstellen.

Die Fachstelle Gewaltprävention (FfG) der Stadt Zürich unterstützt die städtischen Schulen mit wirkungsvollen Interventionen bei akuten Problemfällen. Das geforderte Gewaltpräventions-Programm soll zusätzlich zu diesen Interventionen flächendeckende Präventionsarbeit leisten und den Aufbau einer diskriminierungs- und gewaltfreien Schulkultur etablieren. Dabei soll ein Fokus auf Mobbing und sexualisierter Gewalt liegen. In diesen Bereichen werden Präventions-Programme an den Volksschulen der Stadt Zürich kaum durchgeführt, wie aus den Antworten des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage 2023/170 hervorgeht. Zu begrüssen ist, wenn das Gewaltpräventions-Programm von der FfG in Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit ausgearbeitet wird. Die Schulsozialarbeit vor Ort ist in die Umsetzung einzubeziehen, da sie eine Nähe zu den Klassen und dem Schulpersonal hat und damit zur langfristigen Wirkung des Programms beitragen kann. Das Gewaltpräventions-Programm soll ein wirkungsvolles Angebot sein, welches Lehr- und Betreuungspersonen sowie Schulleitungen dabei unterstützt, in ihren Klassen und Schulhäusern eine Kultur der Wieder

gutmachung, der Zivilcourage, des gegenseitigen Respekts und der Akzeptanz zu etablieren, damit alle wertschätzend miteinander arbeiten und anspruchsvolle zwischenmenschliche Situationen gut bewältigen können.

Mitteilung an den Stadtrat

3442. 2024/337

**Postulat von Dominik Waser (Grüne), Beat Oberholzer (GLP) und Ursina Merkle (SP) vom 03.07.2024:
Einführung eines zusätzlichen Fördermechanismus für den Ersatz von fossilen Heizsystemen, die älter als 15 Jahre sind**

Von Dominik Waser (Grüne), Beat Oberholzer (GLP) und Ursina Merkle (SP) ist am 3. Juli 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Ergänzung zur in der Weisung 2024/218 vorgesehenen Verordnung über Förderbeiträge für den vorzeitigen Heizungsersatz (VFH) ein zusätzlicher, zeitlich befristeter, Fördermechanismus eingeführt werden kann, welcher einen pauschalen Förderbetrag für den Ersatz von noch funktionsfähigen fossilen Heizsystemen, ermöglicht, die älter als 15 Jahre sind.

Begründung:

Mit der Weisung 2024/218 wird der frühzeitige Ersatz von fossilen Heizsystemen finanziell unterstützt. Dies hat zum Ziel, den Treibhausgasausstoss auf dem Zürcher Stadtgebiet möglichst rasch zu senken. Die neue Verordnung ersetzt das bisherige Pilotprogramm, welches im Reglement über das Förderprogramm Heizungsersatz und Heizungsoptimierung (AS 734.500) festgelegt ist. Das bisherige Programm sieht eine Restwertentschädigung für fossile Heizsysteme bis zu einem Alter von 25 Jahre vor (bis 20 Jahre mit anrechenbaren Investitionskosten, zwischen 20 und 25 Jahren mit einem Pauschalbetrag).

Die Angleichung der Restwertentschädigungen in Gebieten mit und ohne beschlossene Gasnetzstilllegung ist sinnvoll, und die eingesetzten 15 Jahre Amortisationsdauer deshalb naheliegend. Dies ergibt eine unwillkommene Lücke, denn Heizungssysteme die bereits als amortisiert gelten und somit über 15 Jahre alt sind, sind von einer Förderung ausgeschlossen.

Es ist wichtig, dass auch fossile Heizsysteme die über 15 Jahre alt sind, möglichst rasch und frühzeitig durch ein fossilfreies System ersetzt werden. Dazu wäre es sinnvoll, einen befristeten und pauschalen Förderbeitrag festzulegen, der Besitzer*innen von bereits amortisierten fossilen Heizsystemen dazu bewegt, einen Ersatz einzubauen.

Mitteilung an den Stadtrat

3443. 2024/338

**Postulat von Sabine Koch (FDP) und David Ondraschek (Die Mitte) vom 03.07.2024:
Zuordnung des Wohnquartiers Andreaspark zum Schulkreis Schwamendingen**

Von Sabine Koch (FDP) und David Ondraschek (Die Mitte) ist am 3. Juli 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine Anpassung der Schulkreisgrenze zwischen den Schulkreisen Glattal und Schwamendingen so erfolgen kann, dass der Andreaspark und die zugehörige Siedlung dem Schulkreis Schwamendingen zugeordnet werden kann. Dadurch wird der bereits heute bestehende, sichere und autofreie Schulweg zum Leutschenbach Schulhaus für die Schulpflichtigen Kinder aus dem Andreaspark erhalten.

Begründung:

Während der Diskussion um den sicheren Schulweg der Kinder vom Andreaspark wird wie klar, dass das Wohnquartier Andreaspark selbst im urbanen Kontext räumlich einen starken Bezug zum Binzmühlebach/Andreasstrasse und somit zum Schulhaus Leutschenbach hat.

Bereits 2007 wird in einem Bericht der Stadt Zürich zur Quartiersversorgung der an Leutschenbach angrenzende Andreaspark klar zum Schulhaus Leutschenbach zugeordnet:

«Das Schulhaus Leutschenbach ist als Quartierschule mit separat zugänglicher Turnhalle konzipiert und sollte auch multifunktionale Räume anbieten als Ergänzung zu den Aussenräumen, die mit dem Andreas-park ideal vernetzt sind.»

Mit dem Bau der Siedlungen im Andreaspark und der damit erfolgten Gestaltung der Aussenräume und Gehwege ist die Siedlung Andreaspark klar zum Leutschenbach hin situiert. Insbesondere die Anbindung der Gehwege bilden schon heute einen sicheren, kurzen und autofreien Schulweg bis zum Leutschenbach Schulhaus. Zudem wird auch die gewachsene und mit einem dörflichen Charakter vergleichbare Quartier-verbinding zum angrenzenden "Hunziker Areal" aufrechterhalten.

Dass die Kinder des Quartiers bislang das Schulhaus Leutschenbach (Schulkreis Schwamendingen) zur Schule gingen, ist aufgrund des noch fehlenden Schulraums im Schulkreis Glattal zurückzuführen. Mit dem neuen Schulhaus Thurgauerstrasse entsteht zwar neuer Schulraum, jedoch mit einem nicht sicheren Schulweg. Um den bereits heute sicheren Schulweg zu erhalten, muss die Grenze zwischen den Schulkreise Glattal und Schwamendingen, welche derzeit der Riedgrabenweg bildet, geringfügig nach Westen angepasst werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3444. 2024/339

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 03.07.2024: Anmietung von Räumen in privaten Liegenschaften für schulische Nutzung, Bereitstellung eines angemessenen Aussenraums für die Schülerschaft

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) ist am 3. Juli 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Anmietung von Räumen in privaten Liegenschaften für schulische Nutzung in unmittelbarer Nähe Aussenraum in angemessener Grösse – gemäss den städtischen «Flächenstandards Tagesschule» – für die Schülerschaft zur Verfügung gestellt werden kann.

Begründung:

Die Stadt hat in den letzten Jahren an mehreren Orten private Liegenschaften für schulische Nutzung angemietet. So wurde in kurzer Zeit in vormaligen Büroräumlichkeiten dringend benötigter Schulraum bereitgestellt: beispielsweise für die Sekundarschule Campus Glattal an der Hagenholzstrasse 85 und für die Sekundarschule Kappeli im «Mürtschenpark». Jüngstes Beispiel ist die Anmietung von Schulraum für zwei Kindergartenklassen und vier Primarklassen der Schule Pfingstweid im Bürokomplex «Westpark».

Bei diesen Anmietungen zeigt sich, dass nur wenig Aussenraum für die Schülerschaft in unmittelbarer Nähe der angemieteten Schulräume zur Verfügung steht. Beim Campus Glattal wurde dieser Missstand im Postulat 2020/487 ausgedrückt, das vom Gemeinderat mit klarer Mehrheit überwiesen wurde. Und beim Westpark ist nur ein kleiner Kindertenspielplatz vorne an der Pfingstweidstrasse eingerichtet worden, zusätzlicher Aussenraum für die vier Primarklassen ist nicht vorgesehen.

Offenbar hat der Aussenraum zweite Priorität bei der Anmietung von Schulraum. Dies ist mehr als bedenklich. Genügend Aussenraum für Spiel und Bewegung in den Pausen und über Mittag ist für das Lernen und für eine gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen enorm wichtig. Daher soll Aussenraum in angemessener Grösse vor Ort integraler Bestandteil der Vertragsverhandlungen zur Anmietung von Schulraum sein.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3445. 2024/340

Dringliche Schriftliche Anfrage von David Ondraschek (Die Mitte), Reto Brüesch (SVP), Brigitte Fürer (Grüne) und 34 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2024: Neue Hochhausrichtlinien, Beurteilung der Flächenbilanz der Hochhausgebiete, aufsummierte Gesamtfläche der Hochhausgebiete, Umsetzung der Massnahmen zur Hitzeminderung, Hintergründe zur Ausnützung, zur Verdrängung von Bevölkerungsgruppen, zur publikumsorientierten Nutzung der obersten Geschosse, zu den Mitsprachemöglichkeiten, zu den Bewilligungskriterien und zu den Qualitätsanforderungen an die Hochhäuser sowie Behandlung der Thematik losgelöst von der nächsten BZO-Revision

Von David Ondraschek (Die Mitte), Reto Brüesch (SVP), Brigitte Fürer (Grüne) und 34 Mitunterzeichnenden ist am 3. Juli 2024 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Stadtgebiet Zürich zeichnet sich durch den Seeanschluss mit Fluss aus und ist eingebettet in überschaubare Hügelketten. Bei gleichmässiger Bauhöhe sind diese Hügel natürliche Landmarken, welche Orientierung geben und einen Kontrapunkt zum urbanen Stadtgebiet darstellen. Heute wurden die neuen Hochhausrichtlinien vorgestellt. Das Hochbaudepartement schreibt: «Mit den neuen Richtlinien bleiben die Hochhausgebiete in der Flächenbilanz insgesamt gleich gross wie heute.»

Definition Ausnutzungsziffer: Verhältnis zwischen Parzellengrösse und Bruttogeschossfläche. Die Ausnutzungsziffer definiert die maximal zulässige Überbauung eines Grundstücks.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was genau ist unter der Bemerkung «die Hochhausgebiete bleiben in der Flächenbilanz zwischen bestehenden und geplanten gleich gross» zu verstehen? Wie verhält sich die (theoretische) Flächenbilanz, wenn anstelle der Hochhauszonen die Geschossfläche der bisherigen mit jener der neuen Hochhausrichtlinie bei maximaler Ausnützung verwendet wird?
2. Der Grossteil des Gebietes, welches nicht mehr als Hochhausgebiet geplant ist, befindet sich nord- und südwestlich des Hauptbahnhofs. Aufgrund der Tatsache, dass gemäss den dortigen Quartiererhaltungszonen grösstenteils gar keine Hochhäuser gebaut werden dürfen, scheint es irreführend, zu behaupten, dass die Flächenbilanz der Hochhausgebiete gleichbleibt. Müsste demnach nicht faktisch die Rede von Quadratkilometern von grossen neuen Hochhausgebieten sein? Weiter ist auf der interaktiven Hochhauskarte der Stadt Zürich ersichtlich, dass insbesondere Flächen, auf welchen gar keine Hochhäuser zu stehen kommen können, zu den aktuellen Hochhausgebieten zählen, jedoch nicht mehr zu den revidierten Hochhausgebieten. Das hat den Effekt, die Hochhausflächen nochmals zu vergrössern.
3. Wie gross ist die aufsummierte Gesamtfläche der Hochhausgebiete bestehend vs. revidiert? Bitte um folgende Angaben:
 - Total, sowie separat für die Hochhausgebiete I, II, III, IIa, IIIa, Eignungsgebiete >80m
 - Flächen, auf welchen Hochhäuser tatsächlich zu stehen kommen dürfen: Total minus Quartiererhaltungszonen, minus Gleise (bestehend tw. drin, revidiert nicht), minus Gewässer (bestehend tw. drin, revidiert nicht), minus Friedhöfe (bestehend tw. drin, revidiert nicht) minus Strassen (bestehend tw. drin, revidiert nicht), minus sämtliche weitere Flächen, auf welchen Hochhäusern nicht gebaut werden dürfen. Bitte allen Angaben separat ausweisen.
 - Auf Basis der oben ausgewiesenen Flächen, auf welchen Hochhäuser tatsächlich zu stehen kommen können: Bitte um separates Ausweisen der Flächen für die Hochhausgebiete I, II, III, IIa, IIIa (wieder bestehend vs. revidiert)
 - Bitte bei der Darstellung darauf achten, dass der Vergleich richtig gelesen wird (Achtung: Aus I, II, III wurde neu III, II, I).
4. Wie gedenkt der Stadtrat in der bekanntlich besonders im Sommer windarmen Stadt Zürich Massnahmen zur Hitzeminderung umzusetzen, wenn beidseits des Gleisfelds künftig Hochhauswände zugelassen sind? Zusammen mit dem Gleisfeld ist die Entstehung einer wärmespeichernden Betonschlucht absehbar. Erachtet es der Stadtrat als zielführend, solche Betonschluchten im Zonenplan überhaupt vorzusehen?
5. Wieviel Wohnfläche pro Person wird in Abhängigkeit von der Anzahl der Geschosse im Durchschnitt konsumiert? Und: Wieviel Wohnfläche steht pro Geschoss im Durchschnitt zur Verfügung? Bitte um Angaben in folgenden Kategorien:
 - a. 2 Geschosse

- b. 3 Geschosse
 - c. 4 Geschosse
 - d. 5 Geschosse
 - e. 6 Geschosse
 - f. 7 Geschosse
 - g. Welche Bauform dient der nachhaltigen Verdichtung gemäss obigen Angaben am besten?
6. Ein Prinzip für die Platzierung von Hochhäusern im Stadtkörper nennt sich «Cluster & Gruppen». In den aktualisierten Hochhausrichtlinien sind die Gebiete dieser Cluster & Gruppen auf S. 15 eingezeichnet. Wieso beschränken sich die Hochhausgebiete III, IIa und IIIa nicht auf diese Gebiete? Landmarks im Talboden lassen sich gut in diesen Gebieten platzieren.
 7. PGB §284 ³Die Ausnützung darf nicht grösser als bei einer gewöhnlichen Überbauung sein; eine Ausnahme ist ausgeschlossen. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über [...] Gestaltungspläne.
 - a. Ist es zutreffend, dass mit einem Gestaltungsplan die Ausnützungsziffer zumindest theoretisch keine Obergrenze hat? Bzw. wo liegt diese Obergrenze?
 - b. Bitte um eine Auflistung der Ausnützungsziffer der 20 höchsten bewohnten Gebäude der Stadt Zürich. Bitte dabei um eine Gegenüberstellung der jeweiligen max. Ausnützung ohne die Vorbehalte gemäss PGB §284 ³ und der effektiven Ausnützung.
 - c. Wurden bei den letzten 20 Hochhausbewilligungen die Ausnutzungsquoten gemäss BZO eingehalten, falls nicht bitte auflisten, um wieviel Prozent und HNF diese von der BZO abgewichen wurden und weshalb dies bewilligt wurde bzw. wie der entstandene Mehrwert von den Grundstückbesitzenden abgegolten wurde.
 8. Grosse Flächen der Verdichtungsgebiete gemäss SLÖBA werden als Hochhausgebiete bis 40 Meter überdeckt. Dabei sind viele dieser Gebiete in W2-bis W4 Zone. Die Quartiere in Zürich Nord haben in den letzten 20 Jahren schon ein Bevölkerungszuwachs von über 25% erfahren und werden nach Prognose in den nächsten 20 Jahren um weitere 20-30 % wachsen. Es stellt sich die Frage, ob durch die bereits erfolgte massive Verdichtung, mit zusätzlichen Hochhäusern die Wohnqualität massiv unter Druck kommt? In Seebach ist z.B. der Kirchturm der Markuskirche 39 Meter hoch und es wäre nun möglich, dass die Mehrheit der Bauzonen im Quartier, welche in der Hochhauszone II wären, höher gebaut werden können als die Kirchtürme.
 9. Die vorgesehenen Verdichtungsgebiete werden gemäss Statistik von Bevölkerungsgruppen eher mit geringem Haushaltseinkommen bewohnt. Sieht der Stadtrat durch die Möglichkeit zur Erstellung von teuren Wohnungen in Hochhäusern nicht die Gefahr, dass diese Bevölkerungskreise durch Ersatzbauten aus den Quartieren verdrängt werden?
 10. Gemäss PBG (§ 284) müssen Hochhäuser einen ortsbaulichen Mehrwert bringen und quartierverträglich sein. Welche Massnahmen gedenkt der Stadtrat zu ergreifen, damit Hochhäuser den geforderten Mehrwert erbringen bzw. die Quartierverträglichkeit entsteht. Welche Vorgaben zur publikumswirksamen Nutzungen insbesondere der Erdgeschosse plant der Stadtrat (insbesondere auch bezüglich Räumen ohne Konsumzwang)? Wie wird sichergestellt, dass das Angebot auf den Bedarf der Quartierbevölkerung ausgerichtet wird?
 11. Hochhäuser über 60 m haben öffentlich zugängliche Bereiche auf dem Dach und/oder eine publikumsorientierte Nutzung in einem der obersten Geschosse: Wo vorhanden, ist die Nutzung aktuell zeitlich stark begrenzt. Gedenkt der Stadtrat hier eine Änderung herbeizuführen und wenn ja mit welchen Massnahmen?
 12. Wie wird der Stadtrat das Merkblatt «Sozial nachhaltiges Wohnhaus» (Amt für Städtebau 17.11.2022) umsetzen?
 13. In Vorstellung der neuen Hochhausrichtlinie weist der Stadtrat darauf hin, dass «mehr Mitsprache von Politik und Bevölkerung» eine der drei wesentlichen Verbesserungen gegenüber dem heutigen Stand sei. In welcher Form gedenkt der Stadtrat dabei die Quartierbevölkerung einzubeziehen? Was versteht der Stadtrat unter Mitsprache? Wer sind die Quartiervertreter*innen und wie werden die ausgewählt? Wie sehen die Mitsprache-Möglichkeiten bei den verschiedenen Höhenstufen (40/60/80 m) von Hochhäusern aus?
 14. Die 3 Stundenschattenregelung wird als Hygieneanforderungen für die umliegenden Wohnräume definiert. Daher die Frage, wenn nun mehrere Hochhäuser zusammen in verschiedenen Parzellen ein Wohngebäude zusammen beschatten und dadurch die Gesamtdauer der 3 Stundenschattenregelung überschritten wird, dürfen dann diese Hochhäuser bewilligt werden?
 15. Für die Bewilligung von Hochhäusern, brauche es eine Beurteilung durch das Baukollegium. Gibt es klare Vorgaben, Kriterien, bei der Beurteilung und welche Unterlagen und Grundlage werden dabei hervorgegeben? Oder sind es v.a. subjektive Eindrücke, welche bei der Beurteilung des architektonisch besetzten Baukollegiums herangezogen werden? Wir bitten um Einsicht in entsprechende Beurteilungsdokumente. Falls es keine Vorgaben gibt: Ist der Stadtrat gewillt, solche zu erlassen?

16. Der aktuell gültige Hochhausrichtplan ist in drei Höhengebiete unterteilt. Daher die Frage an den Stadtrat, weshalb dann diese Höhenbeschränkungen im Baukollegium und bei Baubewilligungen immer wieder grosszügig ausgelegt wurden? Braucht es überhaupt eine neue Hochhausrichtlinie, wenn diese nicht immer eingehalten werden oder sind die Richtlinien nicht behördenverbindlich?
17. Im aufgelegten Hochhausrichtplan stehen Qualitätsanforderungen an Hochhäuser: «Neben dem in § 284 PBG geforderten ortsbaulichen Gewinn und der besonders guten architektonischen Gestaltung umfassen die Leistungsanforderungen die Themenfelder Freiraum und Begrünung, Stadtklima, Nutzung und Ressourceneffizienz. Bei jedem Hochhaus soll die Optimierung aller Anforderungen erreicht werden.»
Wir bitten um eine Beschreibung aller oben kursiv geschriebenen Anforderungen in Bezug auf alle seit dem Jahr gebauten und geplanten Hochhäuser, welche höher als 78m sind. Das Gleiche wünschen wir für alle aktuell geplanten Hochhäuser. Wo vorhanden, bitten wir um konkrete Kennzahlen (z.B. graue Energie effektiv vs. oberer Grenzwert für graue Energie gemäss Eco-Standards).
18. Paris und Wien haben ein klares Hochhauskonzept. Die Hochhäuser werden in Cluster an bestimmten Orten klar eingegrenzt. Demgegenüber sieht Zürich wie ein Igel aus, überall sind Hochhäuser verteilt und die Stacheln ragen prägend aus der Stadtsilhouette heraus. Mit welchen Massnahmen wird die Clusterbildung innerhalb der flächigen Hochhauszonen sichergestellt?
19. Hochhäuser sind im Vergleich zu Blockrandbebauungen eine teure Bauform: in der Erstellung, im Betrieb, im Unterhalt und bei Sanierungen. Dies gilt auch in Bezug auf Graue Energie und CO₂. Wäre es daher nicht sinnvoller eher auf Verdichtung in den normalen Bauzonen zu setzen und so die Grundlage für preiswerteren Wohnraum zu erschaffen?
20. Beim städtischen Projekt Letzibach D wird neben dem Hochhaus nochmals dieselbe Kubatur liegend verbaut, um im Schnitt wieder tiefere Baukosten zu erhalten, somit geht der ganze Vorteil von zusätzlichem Freiraum wieder verloren. Würde die Stadtverwaltung heute wieder so ein Projekt mit drei Bauträgerinnen erstellen?
21. Im Mai 2019 hat die Verwaltung mit der Aktualisierung der Hochhausrichtlinie begonnen, vier Jahre später ist diese noch nicht abgeschlossen. Im Jahr 2026 ist eine grosse BZO-Revision geplant. Alle Vorstösse, welche eine BZO-Änderung verlangen, werden auf diese Revision verschoben. Weshalb wird ausgerechnet das Hochhaus-Thema nicht im Rahmen dieser Revision behandelt? Wäre es da nicht sinnvoller, das Thema Hochhäuser gesamtheitlich departementsübergreifend abzuhandeln?
22. In den 5 Jahren seit 2019 und heute hat sich der Paradigmenwechsel bezüglich Energie/Klima/CO₂ verstärkt. UNO und Berufsverbände haben sich eingeschaltet. Die Lage bezüglich des Hochhauses hat sich gewandelt. Eine neuere Studie zeigen auf, dass die Gebäudehöhe einen entscheidenden Einfluss auf die Treibhausgasemissionen hat, während das für die Dichte nicht gilt. Entsprechend gilt, dass mit dem Prinzip low rise / high density gleich viele Bevölkerung untergebracht werden können, jedoch bei deutlich weniger Emissionen. Wie stellt sich der Stadtrat zu dieser Studie? Welche Schlüsse zieht er daraus?
23. Zum Baukollegium:
- Das Baukollegium setzt sich aus 8 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen und bei Stimmgleichheit hat der oder die Vorsitzende den Stichentscheid. Seitens Stadt sind zwei SR (u.a. Vorsitz) vertreten und die Direktorin des Amts für Städtebau. Gemäss der Geschäftsordnung erfolgt die Vorbereitung der Geschäfte durch das Amt für Städtebau. Somit ist davon auszugehen, dass die gewünschte Stossrichtung der Stadt ausschliesslich dann nicht durchgesetzt wird, wenn sämtliche fünf verwaltungsexterne Mitglieder dagegen stimmen.
 - Wie viele Beschlussfassungen gab es in den letzten fünf Jahren total?
 - Wie oft haben dabei die bei der Beschlussfassung anwesenden Vertreter der Stadt in den letzten fünf Jahren gleich abgestimmt und wie oft unterschiedlich?
 - Zu den Fällen mit gleichem Abstimmungsverhalten der drei Vertreter der Stadt in den letzten fünf Jahren: Wie oft zeigen 1, 2, 3, 4 bzw. 5 der verwaltungsexternen Mitglieder dabei ein anderes Abstimmungsverhalten?
 - Gibt das Baukollegium zuhanden der Bausektion auch Empfehlungen ab, ob ein Hochhaus gebaut werden soll oder ob es von der Höhe her unter 25m hoch sein soll? Nach welchen messbaren Kriterien werden die Empfehlungen abgegeben? Wie oft hat das Baukollegium in den letzten fünf Jahren positive Empfehlungen zu einem geplanten Hochhaus zuhanden der Bausektion abgegeben und wie oft negative Empfehlungen (z.B. vom Hochhaus absehen und eine andere Lösung anstreben)?
24. Gibt es für die Kantonale Gebietsplanungen in den Hochschul- und Gesundheitsgebiete schon Erkenntnisse über mögliche Hochhaus Eignungen und wie läuft in diesen speziellen Gebieten der Partizipationsprozess ab?

Mitteilung an den Stadtrat

3446. 2024/341

Schriftliche Anfrage von Patrik Brunner (FDP) und Ruedi Schneider (SP) vom 03.07.2024:

Dienstleistungen der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für die Ausbildung und die Arbeitsintegration von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (MNA), verfolgte Ausbildungsziele und Abschlüsse, Unterstützung während der beruflichen Grundbildung, Zusammenarbeit mit externen Partnern und Kooperation mit Berufsfachschulen sowie weitere Massnahmen und Angebote der Stadt

Von Patrik Brunner (FDP) und Ruedi Schneider (SP) ist am 3. Juli 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt im Eigentum der Stadt Zürich erbringt die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) diverse Dienstleistungen im Bereich der Sozialhilfe, Betreuung und Unterbringung, der Bildung und Arbeitsintegration sowie der Förderung der gesellschaftlichen Integration. Ein wichtiger Weg für die gesellschaftliche Integration kann über eine erfüllende Arbeitsstelle erfolgen. Für die meisten Arbeitsstellen in der Schweiz wird aber eine berufliche Grundbildung vorausgesetzt. Gerade deshalb ist der Zugang zur beruflichen Grundbildung insbesondere für junge Erwachsene und MNAs zentral.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche konkreten Dienstleistungen bietet die AOZ sowie weitere Organisationen im Auftrag der Stadt Zürich für die Ausbildung und die Arbeitsintegration von MNA und jungen Erwachsenen an? Erbeten werden eine komplette Aufstellung und eventuell grafische Darstellung der verschiedenen Angebote.
2. Welche konkreten Ausbildungsziele und/oder Abschlüsse verfolgen diese Dienstleistungen/Angebote?
3. Wie werden MNAs auf eine berufliche Grundbildung (EBA/EFZ) konkret vorbereitet?
4. Welche Unterstützung erhalten MNAs und junge Erwachsene während einer beruflichen Grundbildung (EBA/EFZ)?
5. Arbeitet die AOZ und weitere beauftragte Organisationen mit externen Partnern in der Ausbildung von MNA und jungen Erwachsenen zusammen? Falls ja, mit wem und für welche Angebote? (z.B. Stiftungen oder Bildungsunternehmen)
6. Wie viele MNA und junge Erwachsene beginnen eine berufliche Grundbildung (EBA/EFZ)?
7. Wie viele MNA und junge Erwachsene schliessen eine berufliche Grundbildung (EBA/EFZ) ab?
8. Gibt es Kooperationen zwischen der AOZ und Berufsfachschulen für erfolgreiche Vorbereitung eines Eintritts in eine berufliche Grundbildung (EBA/EFZ)? Falls ja, wie sehen diese aus?
9. Gibt es Kooperationen zwischen der AOZ und privaten Arbeitgebern für erfolgreiche Vorbereitung eines Eintritts in eine berufliche Grundbildung (EBA/EFZ)? Falls ja, wie sehen diese aus?
10. Wie hoch ist der Anteil an MNA und jungen Erwachsenen, die während ihrer Zeit innerhalb der Betreuungsstrukturen der AOZ keine entsprechende Unterstützung zur Arbeitsintegration erhalten bzw. wahrnehmen?
11. Welche weiteren Massnahmen ergreift die Stadt Zürich zur Unterstützung der MNAs für die berufliche Integration?
12. Welche weiteren Massnahmen ergreift die Stadt Zürich in dieser Sache (bspw. zur Sensibilisierung von potentiellen Arbeitgebenden und der Öffentlichkeit)?
13. Sind weitere Massnahmen/Angebote seitens Stadt Zürich in dieser Angelegenheit geplant?

Mitteilung an den Stadtrat

3447. 2024/342**Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Selina Frey (GLP) vom 03.07.2024:****Unternehmensarchitektur für städtische IT-Anwendungen, systematische Erfassung der geschäftlichen Prozesse, Gesamtüberblick über alle IT-Anwendungen und Funktionen, Entscheidungskompetenzen für die Einführung neuer Anwendungen und Angaben zum Domänenmodell**

Von Flurin Capaul (FDP) und Selina Frey (GLP) ist am 3. Juli 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Unternehmensarchitektur (Enterprise Architecture) ist eine Disziplin, welche einen ganzheitlichen Blick auf das Zusammenspiel der Informationstechnologie und den geschäftlichen Prozesses einer Organisation legt. Sie stellt sicher, dass beispielsweise Prozesse nur einmal als IT-Anwendungen umgesetzt und nicht mehrmals auf gleiche oder ähnliche Weise in der gesamten Stadt.

Im Interview vom 1.7.2024 in der NZZ weist der abtretende Direktor des ERZ darauf hin, dass die Verwaltung zu wenig zentralisiert ist und gerade bei IT-Anwendungen zu wenig einheitlich vorgegangen wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Betreibt die Stadt Zürich die Disziplin der Unternehmensarchitektur? Wie und von wem werden die geschäftlichen Prozesse der Stadt Zürich systematisch erfasst?
2. Welche Stelle hat den Gesamtüberblick und die Hoheit über alle IT-Anwendungen und IT-Funktionen der Stadt Zürich? Wer hat die Aufsicht darüber?
3. Wer entscheidet abschliessend über die Einführung einer neuen IT-Anwendung?
4. Gibt es ein Domänenmodell (oder vergleichbar) das gepflegt wird? Falls ja, wo ist das einsehbar? Falls nein, wieso nicht?
5. Wurden in den letzten 5 Jahren bestehende IT-Anwendungen zusammengefasst? Falls ja, wie viele und welche? Falls nein, wieso nicht?
6. Wer entscheidet abschliessend über welche geschäftlichen Prozesse in einer IT-Anwendung gebündelt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

3448. 2024/343**Schriftliche Anfrage von Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 03.07.2024:****Künstliche Intelligenz (KI) im Gesundheitswesen, generelle Bedeutung von KI, Möglichkeiten für KI-Projekte, Einsparpotenzial bei den Gesundheits-Dienstabteilungen und regulatorische Herausforderungen sowie kontinuierliche und departementsspezifische Anpassung der KI-Strategien**

Von Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) ist am 3. Juli 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Künstliche Intelligenz (KI) - als Teilbereich der Digitalisierung - ist sicherlich eine der bemerkenswertesten, technologischen Entwicklungen der jüngsten Zeit. Die Leistungsfähigkeit von KI wird in den nächsten Jahren weiter massiv zunehmen und daher wird KI oft als zukünftige Schlüsseltechnologie in vielen Lebensbereichen angesehen.

Dass Fragen der Digitalisierung auch im stadtpolitischen Rahmen relevant sind, zeigt sich bspw. im Bericht «Strategien Zürich 2035» (Beilage zu STRB 128/2015), in welchem der Stadtrat u.a. als eines der strategischen Ziele «Dienstleistungen der Stadt und Partizipationsprozesse sind digital unterstützt» nennt. Bereits 2022 wurde zudem das Postulat 2022/682 zu Entlastung der städtischen Verwaltung von Routinefällen durch künstliche Intelligenz eingereicht.

Im Gesundheitswesen sind die Chancen aber auch die Gefahren von KI besonders akzentuiert. So werden bspw. Effizienzsteigerung bei administrativen Vorgängen (Erstellen von Berichten, Entscheidungsfindungen) aber auch generell «Daten-Management» als mögliche KI-Anwendungen genannt.

Daher bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die generelle Bedeutung von KI im Stadtzürcher Gesundheitswesen?
2. Wo wird KI ggf. heute schon im GUD (Dienstabteilungen im Bereich Gesundheit) eingesetzt? Wo sieht der Stadtrat Möglichkeiten für zukünftige KI-Projekte?
3. Ist KI-Vereinbarkeit aktuell eine Prüffrage bei der Ausgestaltung von stadträtlichen, gesundheitspolitischen Projekten?
4. Sieht der Stadtrat mögliches Einsparpotential durch KI bei den Gesundheits-Dienstabteilungen?
 - a. Wenn ja können diese Einsparungen ungefähr quantifiziert werden?
 - b. In welchen spezifischen Bereichen sieht der Stadtrat ggf. die grössten Einsparmöglichkeiten?
5. Wen bezieht der Stadtrat ggf. aktiv in Planungen zu KI-Anwendungen im Gesundheitswesen ein (andere städtische Ämter, Private etc.)?
6. Wo sieht der Stadtrat regulatorische Herausforderungen bei der spezifischen Anwendung von KI im Gesundheitswesen?
7. Wie beurteilt der Stadtrat die Bedeutung von KI für die Innovationsförderung im Gesundheitswesen?
8. Plant der Stadtrat KI generell zur Führungsaufgabe im GUD zu machen?
9. Inwieweit plant der Stadtrat seine Strategien zu KI kontinuierlich Departements-spezifisch anzupassen und entsprechend dem Gemeinderat zu rapportieren?

Mitteilung an den Stadtrat

3449. 2024/344

Schriftliche Anfrage von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 03.07.2024:

Energiezentrale im Unterwerk Selnau, Auswirkungen auf das Grundwasser, alternative Standorte, wie die Nutzung des Parkhaus Central, Realisierung der Vorgaben des AWEL, Umweltbelastungen durch die Energiezentrale und Anteil erneuerbarer Energie sowie Höhe der realisierbaren Wärmepumpenleistung

Von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) ist am 3. Juli 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Realisierung einer klimaneutralen Wärme- und Kälteversorgung in der Innenstadt ist notwendig, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Dafür hat das Projekt CoolCity eine zentrale Bedeutung. Wie nun bekannt wurde, bestehen erhebliche Zweifel, ob die CoolCity Energiezentrale im Unterwerk Selnau aufgrund des dauerhaften Eingriffs ins Grundwasser bewilligt werden kann, da alternative Standorte im Untergrund ohne Eingriff ins Grundwasser vorhanden sind. Weiter scheint es, dass im Unterwerk Selnau der Mindestanteil erneuerbarer Energien von 90%, wie es in der Volksabstimmung zum Ausbau der thermischen Netze für das CoolCity Netz definiert wurde, gar nicht garantiert werden kann, weil der Standort zu klein ist. Sogar ein Anteil von 100% erneuerbarer Energien wäre in Kombination mit einem saisonalen Wärmespeicher aber möglich. Dafür müsste ein Standort gewählt werden, der ausreichend Platz bietet, was im Untergrund der Stadt und zB. durch die Nutzung der Parkhäuser Central und des Parkhaus Uranias möglich wäre.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Stadtrat die negativen Auswirkungen einer Energiezentrale im Unterwerk Selnau auf das Grundwasser ein? Gibt es zu dieser Frage bereits externe Gutachten?
2. Gibt es mögliche Standorte, die keinen dauerhaften Eingriff in das Grundwasser benötigen? Wenn ja, welche? Wenn nein, was disqualifiziert die von der IG Selnau vorgeschlagenen Standorte im Untergrund, also die Nutzung des Parkhaus Centrals für eine Kaverne unter dem Hochschulquartier, sowie die Nutzung des Parkhauses Urania für eine Kaverne unter dem Lindenhof?
3. Wie lassen sich die Vorgaben des AWEL beim Bauen im Grundwasserschutzgebiet realisieren?
4. Welche Ersatzmassnahmen für den Grundwasserschutz müssen umgesetzt werden?
5. Ist das Projekt am Standort Selnau durch das AWEL überhaupt bewilligungsfähig, sofern alternative Standorte für das Projekt ohne dauerhaften Eingriff ins Grundwasser vorhanden sind?
6. Welche Belastungen für die Umwelt könnten durch die Energiezentrale und den Austritt von Ammoniak, durch die Abluft des Gaskraftwerks oder durch andere vorgesehen und nicht vorgesehene Ereignisse im Betrieb entstehen?

7. Wie würde sich eine Energiezentrale im Unterwerk Selnau auf die Umwelt entlang der Sihl auswirken, die in einer strengen Umweltschutzzone liegen?
8. Wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energie in der geplanten Energiezentrale Selnau wirklich? Bitte um ausführliche Antwort.
9. Wie hoch ist die realisierbare Wärmepumpenleistung?
10. Wie schätzt der Stadtrat die Bewilligungsfähigkeit eines Abrisses der Kommandobrücke im Unterwerk Selnau ein, ohne den der notwendige Anteil von 90% erneuerbarer Energien im CoolCity nicht erreicht werden kann?
11. Welche alternativen Standorte sind für die CoolCity Energiezentrale geplant, falls der Anteil erneuerbarer Energien von mindestens 90%, wie in der Volksabstimmung definiert, im Unterwerk Selnau nicht erreicht werden kann?
12. Wie würde der Stadtrat ein Nichterreichen von den versprochenen 90% der Stimmbevölkerung mitteilen? Wie gross ist der Reputationsschaden?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3450. 2024/198

Wahl eines Mitglieds in die SK HBD/SE nach Rücktritt von Angelica Eichenberger (SP) für den Rest der Amtsdauer 2024-2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 1. Juli 2024):

Leah Heuri (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

3451. 2024/226

Dringliche Schriftliche Anfrage von Moritz Bögli (AL), Leah Heuri (SP), Anna Graff (SP) und 28 Mitunterzeichnenden vom 22.05.2024:

Polizeieinsatz an der Universität Zürich wegen den Aufrufen zu pro-palästinensischen Aktionen, Einsatzdispositiv und rechtliche Grundlage des Einsatzes, Einschätzung der Verhältnismässigkeit und der Gefahrenlage an der Universität, Einbezug der Universitätsleitung, Hintergründe zu den Zugangskontrollen, den sichergestellten Gegenständen und den Wegweisungen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1838 vom 19. Juni 2024).

3452. 2024/128

Schriftliche Anfrage von Sanija Ameti (GLP) und Reis Luzhnica (SP) vom 20.03.2024:

Fahrverbot auf der Langstrasse, bessere Information der Verkehrsteilnehmenden, Finanzierung eines digitalen Wechselsignals und Begründung der gewählten, kaum wahrnehmbaren Signalisation

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1839 vom 19. Juni 2024).

3453. 2023/406**Weisung vom 30.08.2023:****Stadtkanzlei, Verordnung über die Gebühren in Bürgerrechtsverfahren (VGBü), Neuerlass**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. April 2024 ist am 24. Juni 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. Juli 2024.

3454. 2023/558**Weisung vom 06.12.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Thurgauerstrasse, Teilgebiet A, Projektierungskredit, Eventualverpflichtung, Bericht und Abschreibung eines Postulats, Bericht und Abschreibung einer Motion**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. April 2024 ist am 24. Juni 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. Juli 2024.

3455. 2024/24**Weisung vom 24.01.2024:****Immobilien Stadt Zürich, Gesundheitszentrum für das Alter Bachwiesen, Ersatzneubau Haus A, Projektierungskredit, Zusatzkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. April 2024 ist am 24. Juni 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. Juli 2024.

3456. 2023/405**Weisung vom 30.08.2023:****Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Areal VZA1», Zürich Altstetten, Kreis 9**

Gegen den Gemeinderatsbeschluss 3077 vom 10. April 2024 betreffend den privaten Gestaltungsplan «Areal VZA1», Zürich Altstetten, Kreis 9 (Dispositivziffern 1–3), veröffentlicht im Städtischen Amtsblatt vom 17. April 2024, haben die Jungen Grünen das Volksreferendum ergriffen.

In Anwendung von § 127 in Verbindung mit §§ 143 und 158 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR), hat der Stadtrat am 3. Juli 2024 beschlossen:

Das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss 3077/2024 (GR Nr. 2023/405) betreffend den privaten Gestaltungsplan «Areal VZA1», Zürich Altstetten, Kreis 9 (Dispositivziffern 1–3) ist zustande gekommen.

Nächste Sitzung: 10. Juli 2024, 17.00 Uhr